

VLJ-BW | c/o FDP Baden-Württemberg | Rosenstr. 22 | 70191 Stuttgart

Einladung

Liebe Mitglieder und Freunde der Vereinigung Liberaler Juristen,

zu unserer Kooperationsveranstaltung mit dem Bundesverband der VLJ zum Thema

Das wird man doch wohl noch sagen dürfen!?

Meinungsfreiheit und Strafverfolgung von Hassrede im Netz

lade ich Sie herzlich ein. Mit dabei sind **Thomas Offenloch**, Richter des Bundesverfassungsgerichts, **Julia Goll** MdL, stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, sowie **Dr. Theodor Lammich**, Rechtsanwalt (GSK Stockmann) und Vorsitzender der Studentischen Initiative Hochschuldialog e.V. Details zum Ablauf und dem Thema entnehmen Sie bitte dem Programm anbei.

Die Veranstaltung findet statt am

Freitag, 6. Februar 2026, ab 18 Uhr

im Deutsch-Französischen Kulturinstitut Tübingen,
Doblerstraße 25, 72074 Tübingen

Eine Anmeldung bis zum 3. Februar 2026 unter vorstand@liberalejuristen-bw.de ist erforderlich!

Mit besten Grüßen - auch im Namen des gesamten Vorstands

Ihre

Stefanie Assmann, Vorsitzende

Vereinigung Liberaler Juristen in
Baden-Württemberg
c/o FDP Baden-Württemberg
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart
Postfach 10 15 52
70014 Stuttgart

Tel. (0711) 666 18 - 0
Fax (0711) 666 18 - 12

vorstand@liberalejuristen-bw.de

www.liberalejuristen-bw.de

Vorsitzende:
Stefanie Assmann
Rechtsanwältin

1. Stellvertreterin:
Sintje Leßner
Präsidentin des
Landesjustizprüfungsamtes

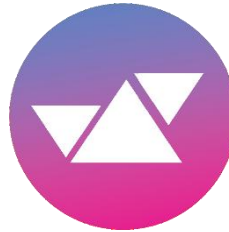
2. Stellvertreter / Schatzmeister:
Florian Diekmann
Präsident des LG Rottweil

Beisitzer:

Achim Bächle
Jan Dietzel
Julia Goll MdL
Dr. Timur Lutfullin
Dr. Christine Rex
Simon Schlicksupp
Nico Weinmann MdL

Bankverbindung:
Baden-Württembergische Bank
Konto-Nr.: 27 148 06
BLZ: 600 501 01

Vereinsregister Nr. VR 720589
Amtsgericht Stuttgart



Programm

Herzlich Willkommen

Stefanie Assmann, Vorsitzende der VLJ-BW

Philipp Kratzer, Mitglied im Bundesvorstand der VLJ

Impuls: Hat Vance Recht? Ist die Meinungsfreiheit bei uns in Gefahr?

Thomas Offenloch, Richter des Bundesverfassungsgerichts

Podiumsdiskussion

Julia Goll MdL, stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Dr. Theodor Lammich, Rechtsanwalt und Vorsitzender der Studentischen Initiative Hochschuldialog e.V.

Thomas Offenloch, Richter des Bundesverfassungsgerichts

Simon Schlicksupp, Moderation

Über die Referenten

Julia Goll MdL ist stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Sie war zuvor als Richterin am Landgericht Stuttgart tätig. **Thomas Offenloch** war 2013-2023 Richter am Bundesgerichtshof. Seit 2023 ist er Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Er ist dort insbesondere zuständig für Strafrecht und Strafverfahrensrecht sowie Parteienrecht. **Dr. Theodor Lammich**, LL.M. (Edinburgh), ist Rechtsanwalt (GSK Stockmann) und Lehrbeauftragter an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Darüber hinaus ist er Vorsitzender der Studentischen Initiative Hochschuldialog e.V., die sich für Freiheit und Pluralität in der Wissenschaft einsetzt. Im Jahr 2022 hat er zum Thema „Fake News als Herausforderung des deutschen Strafrechts“ promoviert.

Zum Thema

Soziale Medien sind heute der zentrale Ort politischer Debatten. Noch nie konnten so viele Menschen ihre Meinung öffentlich äußern - und zugleich waren Beleidigungen, „fake news“ und gezielte Hetze noch nie so sichtbar und präsent. Um der Verrohung der politischen Auseinandersetzung entgegenzuwirken und die demokratische Öffentlichkeit zu schützen, setzen der Gesetzgeber und die Justiz in den letzten Jahren auf einen intensiveren Gebrauch des Strafrechts: über Verschärfungen von Straftatbeständen wie der Volksverhetzung (§ 130 StGB) oder Politikerbeleidigung (§ 188 StGB), Hausdurchsuchungen bei Beschuldigten bis hin zur Ermöglichung der Entziehung der Wählbarkeit. Hierdurch entsteht ein Spannungsfeld zwischen dem Schutz vor sogenannter Hassrede und dem Schutz der Meinungsfreiheit vor staatlichen Eingriffen. Ist die Meinungsfreiheit heute stärker durch Hass und Hetze gefährdet - oder durch Strafrecht und Regulierung? Darüber möchten wir mit unserem Podium sprechen - und mit Ihnen!